



# Presse- mitteilung

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin  
TEL 03018 527-4637  
FAX 03018 527-1871  
INTERNET [www.behindertenbeauftragter.de](http://www.behindertenbeauftragter.de)  
E-MAIL [fragen@behindertenbeauftragter.de](mailto:fragen@behindertenbeauftragter.de)

Nr. 16/10

Berlin, 26. Mai 2010

## **Hubert Hüppe: Verkehrsministerkonferenz setzt barrierefreien Schienennahverkehr auf Tagesordnung**

Erfreut zeigt sich der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, dass die nächste Verkehrsministerkonferenz am 6. und 7. Oktober auf seine Bitte hin barrierefreien Schienennahverkehr auf die Tagesordnung setzen wird. „Die unterschiedlichen Standards im Schienennahverkehr beschränken viele Menschen mit Behinderungen in ihrer Mobilität. Notwendig sind möglichst hohe und einheitliche Standards“, betont der Beauftragte.

Die Länder oder Landesnahverkehrsgesellschaften bestellen die zum Einsatz kommenden Züge nach den jeweiligen Nahverkehrsplänen. Eine Abstimmung hinsichtlich der eingesetzten Züge findet nicht statt. Auch die Bahnsteighöhen variieren zwischen und in den Bundesländern. „Bereits die Höhendifferenz und der Spalt zwischen Zug und Bahnsteigkante wird so für viele Menschen mit Behinderungen zu einer unüberwindbaren Barriere“, verdeutlicht der Beauftragte.

Im Hinblick auf das Servicepersonal berichten behinderte Menschen ebenfalls von großen Unterschieden: Von kompetenten Zugbegleitern bis zu überhaupt keinem Personal. Es sei auch schon häufig vorgekommen, dass zwar Servicepersonal im

Zug war, allerdings die für Menschen im Rollstuhl notwendige fahrzeuggebundene Einstiegshilfe nicht bedienen konnte, so Hubert Hüppe.

Gruppen von Reisenden in Elektrorollstühlen könnten in Regionalzügen aufgrund großer Kapazitätsunterschiede außerdem teilweise gar nicht gemeinsam reisen.

Der Beauftragte hofft, dass die Verkehrsministerkonferenz sich für möglichst einheitliche und hohe Standards für Menschen mit Behinderungen in Regionalzügen und an Bahnhöfen einsetzen wird.

Die Konferenz der Landesverkehrsminister und Senatoren für Verkehr wird auf Anregung des Beauftragten neben den „einheitlichen Standards“ auch die Thematik „Programme zur Herstellung von Barrierefreiheit“ durch Privatbahnen nach dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen besprechen.